

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)**

**zu der Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten
– Drucksache 18/3750 –**

Jahresbericht 2014 (56. Bericht)

A. Problem

Der Wehrbeauftragte hat dem Deutschen Bundestag jährlich aufgrund von § 2 Absatz 1 des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages zu berichten. In Erfüllung dieser Verpflichtung hat der Wehrbeauftragte dem Deutschen Bundestag seinen Jahresbericht für das Jahr 2014 am 27. Januar 2015 vorgelegt.

B. Lösung

Annahme einer Entschließung.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
in Kenntnis der Unterrichtung auf Drucksache 18/3750 folgende Entschließung
anzunehmen:

- „1. Die in dem Bericht enthaltenen Empfehlungen werden – soweit sie nicht bereits erledigt sind – der Bundesregierung zur Prüfung, Erwägung und Beachtung zur Kenntnis gebracht. Die Bundesregierung wird ferner gebeten, den Jahresbericht des Wehrbeauftragten, die Stellungnahme des Bundesministeriums der Verteidigung dazu und die Ergebnisse der Beratung des Deutschen Bundestages der Truppe zugänglich zu machen.
2. Der Deutsche Bundestag dankt dem Wehrbeauftragten und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Arbeit im Berichtsjahr.
3. Die Bundesregierung wird gebeten, bis zum 22. Dezember 2015 dem Verteidigungsausschuss über Ergebnisse und vollzogene Maßnahmen zu berichten.“

Berlin, den 23. September 2015

Der Verteidigungsausschuss

Wolfgang Hellmich
Vorsitzender

Anita Schäfer (Saalstadt)
Berichterstatterin

Heidtrud Henn
Berichterstatterin

Christine Buchholz
Berichterstatterin

Doris Wagner
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Anita Schäfer (Saalstadt), Heidtrud Henn, Christine Buchholz und Doris Wagner

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten auf **Drucksache 18/3750** in seiner 100. Sitzung am 23. April 2015 beraten und gemäß § 114 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages an den Verteidigungsausschuss zur federführenden Beratung und dem Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat die Vorlage in seiner 65. Sitzung am 23. September 2015 Sitzung beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat die Vorlage in seiner 42. Sitzung am 23. September 2015 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit** hat die Vorlage in seiner 38. Sitzung am 1. Juli 2015 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Jahresbericht unter Einbeziehung der Stellungnahme des Bundesministeriums der Verteidigung vom 22. Juni 2015 in seiner 44. Sitzung am 23. September 2015 beraten. Im Ergebnis empfiehlt er mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, in Kenntnis der Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten die in der Beschlussempfehlung wiedergegebene Entschließung anzunehmen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** dankte dem ehemaligen Wehrbeauftragten Hellmut Königshaus sowie seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im Berichtsjahr geleistete Arbeit. Sie sehe der Zusammenarbeit mit dem neuen Wehrbeauftragten, Dr. Hans-Peter Bartels, positiv entgegen.

Im Berichtszeitraum habe sich das Bild vervollständigt, welche zahlreichen Herausforderungen die Bundeswehr in vergangener Zeit zu bewältigen gehabt habe. Zu erinnern sei im Wesentlichen an die Entwicklung des Einsatzes in Afghanistan, die Strukturreform und die Aussetzung der Wehrpflicht. Im Weiteren habe insbesondere das Vorgehen Russlands in der Ukraine gezeigt, welchen neuen Herausforderungen die Bundeswehr gegenüber stehe. In dem Bericht hätten auch Ausrüstungsfragen eine große Rolle gespielt und es sei zu begrüßen, dass beispielsweise zum Gewehr G36 bereits einige Entscheidungen getroffen worden seien.

Eines der wichtigsten Themen des Berichts sei die Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr gewesen. Hier sei mit dem Attraktivitätssteigerungsgesetz ein großer Schritt getan worden, mit dem in vielen Bereichen deutliche Verbesserungen erreicht worden seien. Hervorzuheben seien die angestrebte Reduzierung der Versetzungshäufigkeit sowie die nun erstmals in der Geschichte der Bundeswehr gesetzlich verankerte Arbeitszeit. Es müsse nun abgewartet werden, ob auch die praktische Umsetzung in allen Bereichen gelingen werde.

Die **Fraktion der SPD** äußerte ebenfalls ihren Dank an den ausgeschiedenen Wehrbeauftragten und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Auch sie freue sich auf die Fortsetzung der guten Zusammenarbeit mit Dr. Hans-Peter Bartels.

Das Jahr 2014 werde in dem Bericht zu Recht als „Jahr der Wahrheit“ bezeichnet. Sicherlich sei mit dem Attraktivitätssteigerungsgesetz einiges auf den Weg gebracht worden, doch seien viele Mängel noch nicht ausreichend und nicht schnell genug behoben worden. 21,3 Prozent Eingaben auf dem Gebiet „Menschenführung und soldatische Ordnung“ seien immer noch zu viel, weshalb das Einführen eines Coachings für Führungs- und Spitzenkräfte der Bundeswehr in die richtige Richtung gehe.

Im Bereich der gesundheitlichen Heilfürsorge werde die Notwendigkeit gesehen, neben der PTBS-Problematik auch andere psychische Erkrankungen wie Depressionen und Burn-Out besser durch Bundeswehrärzte zu betreuen, da zivile Kräfte oftmals das Verständnis für militärische Besonderheiten fehle. Ebenso müsse darüber nachgedacht werden, die Lotsen für Einsatzgeschädigte für diese Aufgabe wenigstens teilweise vom Dienst freizustellen.

Die **Fraktion DIE LINKE** schloss sich dem Dank an und wünschte Dr. Hans-Peter Bartels für das neue Amt weiterhin alles Gute.

Der Jahresbericht des Wehrbeauftragten habe einmal mehr gezeigt, welche Probleme in der Bundeswehr bestünden. Besonders kritisch zu hinterfragen sei der Umgang mit den durch Radarstrahlen geschädigten Soldatinnen und Soldaten. Es sei nicht nachvollziehbar, dass andere als karzinogene Erkrankungen unberücksichtigt blieben und die Verfahren insgesamt so lang dauerten. Insgesamt sollten Soldatinnen und Soldaten, die aus der Bundeswehr ausschieden, besser betreut und auf ihre Rechte hingewiesen werden. Zudem sei es unzumutbar, dass sich die Bearbeitung von Anträgen z.B. auf Elterngeld über Monate hinziehe, weil in der Verwaltung viele Dienstposten nicht besetzt seien.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** schloss sich ebenfalls den Dankeswünschen an und erklärte, die anhaltende Vielzahl an Eingaben zeige einmal mehr auf, welche Bedeutung diesem Amt zukomme.

Viele Probleme des vorgelegten Jahresberichts seien weiterhin aktuell. Insbesondere werde die Notwendigkeit gesehen, im Hinblick auf die erhebliche Einsatzbelastung von Soldatinnen und Soldaten das Personalstrukturmodell zu überarbeiten und stärker an dem Einhalten des angestrebten Einsatzrhythmus zu arbeiten. Auch im Hinblick auf die Integration von Frauen in der Bundeswehr seien zahlreiche Punkte wie eine bessere Anpassung der Ausrüstung offen. Zugleich müssten Vorgesetzte mehr in die Pflicht genommen werden, da Mobbing und sexuelle Belästigung weiterhin weit verbreitet seien, und auch die Beteiligung der Gleichstellungsbeauftragten deutlich ausgebaut werden könnte. Ein anhaltend großes Problem sei die Vereinbarkeit von Dienst und Privatleben, wo längere Stehzeiten und eine bessere persönliche Planbarkeit erreicht werden müssten.

Berlin, den 23. September 2015

Anita Schäfer (Saalstadt)
Berichterstatlerin

Heidtrud Henn
Berichterstatlerin

Christine Buchholz
Berichterstatlerin

Doris Wagner
Berichterstatlerin